

ANFRAGE von Max Homberger (Grüne, Wetzikon)

betreffend «Unverschämtes» Verhalten von Greater Zurich Area (GZA) in Belgien

«Die GZA sorgt für Wirbel in Belgien» titelt die NZZ am 24. November 2012. Mit Werbebriefen sollen insbesondere nordamerikanische Unternehmen mit Niederlassungen in Belgien zum Umzug nach Zürich aufgefordert worden sein. Zürich wäre eine der «weltweit gefragtesten Regionen», hier gebe es keine Bahnstreiks wie in Belgien und «in der Schweiz laufe alles wie geschmiert». Obwohl weder erwiesen ist noch behauptet wird, dass die GZA in Belgien Bahnstreiks unterstützt, ist es verständlich, dass der belgische Wirtschaftsminister Lanotte den Brief der GZA für «unverschämt» hält. Diese Note des Vertreters eines demokratisch befreundeten Staates wird umso verständlicher angesichts der Tatsache, dass die GZA, finanziert zu 80 % aus schweizerischen Steuergeldern, faktisch ein volkseigener Betrieb ist. Zu dieser rufschädigenden Acquisitionstätigkeit der GZA gesellt sich noch die Tatsache, dass angesichts der ungebremsten Einwanderung aus der EU gar kein derartiger Handlungsbedarf besteht. Die eben erschienene KOF-Studie hält denn auch fest, dass die massive, rein wirtschaftlich motivierte Immigration die Schweizer Wirtschaft bis jetzt nur quantitativ aber nicht qualitativ wachsen liess, und dass sie weder zu höherem Wohlstand noch zu höherer Sicherheit der Arbeitsplätze beitrug.

Fragen an den Regierungsrat:

1. Wird sich der Regierungsrat für die «Unverschämtheit» der GZA entschuldigen?
2. Wie gedenkt der Regierungsrat eine wirksame Kontrolle der GZA wahrzunehmen?
3. Welche Rolle soll der GZA im Lichte der aktuellsten KOF-Studie inskünftig zukommen?
4. Wie wertet der Regierungsrat die Erkenntnisse der KOF für den Kanton Zürich?
5. Wie und wann gedenkt der Regierungsrat die sich häufenden Fragen zu überfüllten Bahnhöfen, überfüllten Zügen, überfüllten Trams und überfüllten Strassen gesamtheitlich anzugehen?

Max Homberger